

„Wer hier spart, wendet sich von Menschen ab, die Hilfe brauchen“

Von Pia Klinkhammer

8. September 2023, 09:24

News und Pressemitteilungen

Top-News für Startseite mit Bild

Beschäftigungsförderung: Bundesregierung plant drastische Kürzungen. Gemeinnützige Betriebe könnten wegbrechen





Köln. 500 Millionen Euro will die Bundesregierung im Haushalt 2024 bei den arbeitsmarktpolitischen Leistungen für Menschen, die Bürgergeld beziehen, streichen. „Für Langzeitarbeitslose, viele Geflüchtete aus der Ukraine und auch Jugendliche im Sozialleistungsbezug sind dies schlimme Aussichten. Sie drohen noch weiter abgehängt zu werden“, sagt der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel.

Potenziell betroffen sind allein im Erzbistum Köln mehr als 300.000 Personen, die als so genannte „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ auf Beratung, Begleitung und mitunter auch öffentlich geförderte Beschäftigung angewiesen sind. In gemeinnützigen Betrieben der caritativen Beschäftigungsförderung, darunter Radstationen, Schreinereien und allein 23 Sozialkaufhäuser im Erzbistum Köln, erhalten sie professionelle Anleitung, pädagogische Betreuung, Qualifizierung und berufsbezogene Sprachförderung.

Dieser betriebliche Rahmen strukturiert ihren (Arbeits-)Alltag, ermöglicht Teilhabe, die Entwicklung von persönlichen und beruflichen Perspektiven, Fähigkeiten und Fertigkeiten und für einen Teil der Menschen auch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

„Angesichts der geplanten Kürzungen steht zu befürchten, dass die Jobcenter künftig das wenige Geld vor allem in die Förderung der Menschen, die leicht zu vermitteln sind, investieren werden. All jene, die als Langzeitarbeitslose praktisch nur in Sozialen Betrieben eine Chance auf Teilhabe am Arbeitsmarkt haben, bleiben außen vor. Wer hier spart, wendet sich von Menschen ab, die Hilfe brauchen“, warnt Hensel.

Der Kölner Diözesan-Caritasdirektor sieht neben der (Re-)Integration von Arbeitslosen aber auch die funktionierenden Strukturen der Sozialen Betriebe gefährdet. Hensel: „Die geplanten Kürzungen hätten zusammen mit hohen Energiepreisen und gestiegenen Personalkosten zur Folge, dass viele Angebote in der Beschäftigungsförderung nicht mehr finanzierbar wären und die Einrichtungen ganz wegbrechen könnten. Das wäre fatal.“

Bilder von Dr. Frank Johannes Hensel (/sites/dicv/presse/bilder-zum-download-/)

Die Pressemitteilung als PDF-Dokument (<https://www.caritasnet.de/export/sites/dicv/.content/.galleries/downloads/ueberuns/2023-09-08-PM-Beschaefigungsfoerderung.pdf>)